**Dezember 2016**

**Aus dem Landtag:  
 Anhörung zur Grundschule**

*Öffentliche Anhörung von Sachverständigen am 7. Dezember 2016 zum Thema „****Landesregierung muss einen "Masterplan Grundschule" vorlegen“*** *in Verbindung mit „****Grundschulen stärken - Rahmenbedingungen zur Besetzung von Schulleitungspositionen verbessern****"*

Sicherlich war es nur ein Zufall, dass diese Anhörung am Tag gleich nach Nikolaus stattfand. So schien es eine gute Gelegenheit für die beteiligten Sachverständigen, ihre Wunschzettel in Sachen Grundschule abzugeben.

CDU und FDP hatten Anträge vorgelegt, mit denen sie ihre Vorstellungen zur Weiterentwicklung der Grundschule in die parlamentarischen Beratungen einbringen wollten.

Beim genaueren Hinsehen gibt es da von diesen beiden Fraktionen nur wenig Neues. Das meiste entspricht den Planungen der Landesregierung bzw. den Forderungen, die auch vom Grundschulverband, der GEW und dem VBE seit längerem gestellt werden. Da kann man eigentlich erwarten, dass es nun im Parlament zügig voran geht in Sachen Anrechnungsstunden, Besoldung, Leitungszeit, Qualität im Ganztag, Schulsozialarbeit und Sprachförderung, jetzt wo auch CDU und FDP sich mit der Grundschule profilieren wollen.

Bei der Anhörung wurde auch deutlich, dass bei den Verbänden und den Schulen Einigkeit darin besteht, für jede Schule auch eine stellvertretende Schulleitung, eine angemessene Vertretungsreserve und eine Entlastung der Schulleitung von einfachen Verwaltungsaufgaben zu fordern. Ob letzteres auch durch den Einsatz von Schulassistenten erreicht werden soll, muss wohl noch diskutiert werden.

Alle Sachverständigen äußerten sich kritisch zum Vorschlag der CDU, Inklusion nur dort zu verwirklichen, wo die fachlichen und sachlichen Voraussetzungen gegeben sind. Da wird eine berechtigte Kritik umgedreht zu einem Argument, ein wesentliches Element der Schulentwicklung zu verhindern. Es bleibt doch Aufgabe der Politik, die Voraussetzungen für Inklusion zu schaffen – wie es Aufgabe der Verbände bleibt, dies von der Politik einzufordern!

Genauso bleibt es eine drängende Aufgabe, die Lehrerversorgung auch in sozialen Brennpunkten zu sichern. Es ist tatsächlich dramatisch, wenn z.B. aus Duisburg berichtet werden muss, dass von 97 ausgeschriebenen Stellen nur 34 besetzt werden konnten, weil schlicht die Bewerber fehlen.

Da reicht auch nicht – wie von der Opposition im Landtag vorgeschlagen – eine breit angelegte Werbekampagne. Vielmehr muss, wie Maxi Brautmeier-Ulrich als Vertreterin des Grundschulverbandes im Schlusswort der Anhörung deutlich machen konnte, neben der Wertschätzung durch bessere Besoldung auch eine deutliche Entlastung der Beschäftigten den Arbeitsplatz Grundschule wieder attraktiv machen.

Bericht:

Baldur Bertling, GSV